

# Lehre und Forschung

*Hans Vorländer*

## Die Performanz der Politikwissenschaft in Forschungsverbünden: Zahlen, Anmerkungen und Beobachtungen

Die Internationalisierung der Förderprogramme und die Einrichtung eines europäischen Förderraumes hat neue Perspektiven für geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung eröffnet. Auch kompensatorische Strategien, die Vorherrschaft der Bio- und Lebenswissenschaften sowie der Material- und Nanowissenschaften bei der Bewirtschaftung großer Fördertöpfe auszubalancieren, hat zur Auflage von spezifischen Förderprogrammen für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, sowohl bei staatlichen Institutionen wie privaten Stiftungen, geführt. Nimmt man einige spezifische Förderlinien aus, so werden hier in der Regel Projekte gefördert, die zwei oder mehrere Partner aus dem deutschen, dem europäischen und internationalen Wissenschaftsraum zusammenführen. Diese Form der Verbundforschung ist, so wurde in der Vergangenheit immer wieder betont, den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften eher fremd. Das Bild des bzw. der alleine hinter seinem bzw. ihrem Schreibtisch sitzenden Forschers oder Forscherin hat lange Zeit die Wahrnehmung bestimmt. Die bekannte, immer wieder gern zitierte Einlassung Niklas Luhmanns auf die an ihn gerichtete Aufforderung, die Forschungsprojekte zu benennen, an denen er arbeite: „Theorie der Gesellschaft; Laufzeit: 30 Jahre; Kosten: keine“ (Luhmann 1997: 11), wirkt heute anachronistisch, zugleich auch höchst sympathisch – ein Nachklang noblen Forscherlebens. Doch haben die durch die „Ökonomisierung“ des Wissenschaftsbetriebs bewirkten universitären Zwänge, immer schneller und immer mehr zu produzieren, vor allem aber auch die Notwendigkeit, den Mangel an universitärer Grundfinanzierung durch die Einwerbung hoher Drittmittelsummen zu kompensieren, das Format des Forschungsverbundes fast schon „alternativlos“ werden lassen. Und deshalb ist eine die derzeitige Reputationslogik des Wissenschaftssystems bestimmende Frage, wie sich die entsprechenden Disziplinen in diesem

Förderumfeld aufstellen, vor allem aber, wie sie reüssieren. Und da sieht es für die Politikwissenschaft in einer spezifischen Hinsicht nicht gut aus.

Nimmt man als Indikator Beteiligung und Erfolg des Fachs Politikwissenschaft an Forschungsverbünden, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert, so ergibt sich ein Bild, das nicht wirklich zufrieden stellen vermag. In den sogenannten Koordinierten Programmen der DFG, also in Sonderforschungsbereichen (SFBs), Schwerpunktprogrammen, Forschergruppen und Graduiertenkollegs, ist die Repräsentanz des Fachs Politikwissenschaft kaum sichtbar. Die von der DFG zusammengestellten Zahlen über die Neubewilligungen von koordinierten Programmen in den Jahren 2005-2014 weisen aus, dass das Fach nur an elf von insgesamt 435 neu eingerichteten Sonderforschungsbereichen beteiligt gewesen ist. Bezieht man dies auf die Anzahl der in Sonderforschungsbereichen im Verbund arbeitenden Teilprojekte, so sieht die Bilanz noch schlechter aus. Von insgesamt 6.814 Teilprojekten konnte die Politikwissenschaft nur einen Anteil von 0,7 Prozent (absolut: 46 Teilprojekte) für sich reklamieren. Bezogen auf die an Sonderforschungsbereichen beteiligten Teilprojektleiterinnen und Teilprojektleiter reduziert sich dies noch einmal auf einen Anteil von 0,6 Prozent. In den anderen koordinierten Programmen – Schwerpunktprogramm, Forschergruppe, Graduiertenkolleg – ist der Befund kaum ein anderer, in den Schwerpunktprogrammen reduziert sich der Anteil der Politikwissenschaft gar auf 0,1 Prozent (vgl. Tab. 1).

*Tabelle 1: Neubewilligungen in den Jahren 2005-2014<sup>1</sup>*

Programm	Anzahl Programme gesamt	davon mit Beteili- gung des Fachs Politikwissenschaft	Anzahl Projekte		Anteil Politik- wissenschaft an gesamt in %
			Fach Politik- wissenschaft	gesamt	
SFBs	435	11	46	6.814	0,7
Schwerpunkt- programme	213	4	7	6.346	0,1
Forschergruppen	401	6	29	3.774	0,8
<b>Gesamt</b>	<b>1.049</b>	<b>21</b>	<b>82</b>	<b>16.934</b>	<b>0,5</b>

Fortsetzung Tabelle 1

Programm	durchschnittliche Bewilligungsdauer (in Jahren)		Anzahl Teilprojektleiter/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %
	Fach Politikwissenschaft	gesamt	Fach Politikwissenschaft	gesamt	
SFBs	3,7	3,7	66	10.560	0,6
Schwerpunktprogramme	2,3	2,5	/	/	/
Forschergruppen	3,1	3,0	/	/	/
<b>Gesamt</b>	<b>3,4</b>	<b>3,1</b>	<b>66</b>	<b>10.560</b>	<b>0,6</b>

<sup>1</sup> Basis: Neuanträge. Klassifikation der Anträge (nach DFG Fächersystematik).

Quelle und Zusammenstellung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); eigene Darstellung.

Für die laufende Förderung im Jahre 2014 bedeutet dies, dass von 248 Sonderforschungsbereichen nur acht eine Beteiligung der Politikwissenschaft aufweisen, der Anteil politikwissenschaftlicher Teilprojekte beträgt 0,8 Prozent und die der Teilprojektleiterinnen und Teilprojektleiter 0,7 Prozent. Bei den Forschergruppen ist der Anteil etwas höher, bei den Schwerpunktprogrammen liegt er aber wieder nur bei 0,1 Prozent (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Laufende Förderung im Jahr 2014<sup>1</sup>

Programm	Anzahl Programme gesamt	davon mit Beteiligung von Fach Politikwissenschaft	Anzahl Projekte		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %
			Fach Politikwissenschaft	gesamt	
SFBs	248	8	36	4.796	0,8
Schwerpunktprogramme	105	2	4	3.247	0,1
Forschergruppen	223	6	28	2.307	1,2
<b>Gesamt</b>	<b>576</b>	<b>16</b>	<b>68</b>	<b>10.350</b>	<b>0,7</b>

Fortsetzung Tabelle 2

Programm	Anzahl Teilprojektleiter/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %
	Fach Politikwissenschaft	gesamt	
SFBs	59	7.933	0,7
Schwerpunkt-programme	/	/	/
Forscherguppen	/	/	/
Gesamt	59	7.933	0,7

<sup>1</sup> Basis: Klassifikation der Anträge (nach DFG Fächersystematik).

*Quelle und Zusammenstellung:* Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); eigene Darstellung.

Blickt man auf die Anzahl der Vertreter und Vertreterinnen des Faches Politikwissenschaft, die in solchen koordinierten Programmen Leitungsfunktionen innehaben, so hellt sich das Bild ein wenig, wenngleich nicht entscheidend auf. Bei bewilligten Neuanträgen im Zeitraum 2005-2014 hatten fünf Wissenschaftlerinnen beziehungsweise Wissenschaftler die Sprecherfunktion inne, in der laufenden Förderung 2014 war dies noch drei Mal der Fall (vgl. Tab. 3 und 4).

Tabelle 3: Anzahl der Beteiligungen mit Bezug zu Politikwissenschaft<sup>1</sup> bei bewilligten Neuanträgen in den koordinierten Programmen im Zeitraum 2005-2014

Programm	Anzahl Sprecher/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %	Anzahl beteiligte Wissenschaftler/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %
	Bezug Politikwissenschaft	gesamt		Bezug Politikwissenschaft	gesamt	
SFBs	5	536	0,9	/	/	/
Schwerpunkt-programme	0	244	0,0	/	/	/
Forscherguppen	5	457	1,1	/	/	/
Graduiertenkollegs	2	291	0,7	22	2.509	0,9
Gesamt	12	1.528	0,8	22	2.509	0,9

<sup>1</sup> Basis: Beteiligte Sprecher/-innen und beteiligte Wissenschaftler/-innen, deren antragsbezogene Institution als zugehörig zum Lehrforschungsbereich "Politikwissenschaft" klassifiziert ist (nach DE-STATIS-Fächersystematik).

*Quelle und Zusammenstellung:* Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); eigene Darstellung.

*Tabelle 4: Anzahl der Beteiligungen mit Bezug zu Politikwissenschaft<sup>1</sup> in Graduiertenkollegs in der laufenden Förderung 2014*

Programm	Anzahl Sprecher/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %	Anzahl beteiligte Wissenschaftler/-innen		Anteil Politikwissenschaft an gesamt in %
	Bezug Politikwissenschaft	gesamt		Bezug Politikwissenschaft	gesamt	
SFBs	3	276	1,1	/	/	/
Schwerpunktprogramme	0	120	0,0	/	/	/
Forschergruppen	5	248	2,0	/	/	/
Graduiertenkollegs	0	256	0,0	21	2.402	0,9
<b>Gesamt</b>	<b>8</b>	<b>900</b>	<b>0,0</b>	<b>21</b>	<b>2.402</b>	<b>0,9</b>

<sup>1</sup> Basis: Beteiligte Sprecher/-innen und beteiligte Wissenschaftler/-innen, deren antragsbezogene Institution als zugehörig zum Lehrforschungsbereich "Politikwissenschaft" klassifiziert ist (nach DE-STATIS-Fächersystematik).

*Quelle und Zusammenstellung:* Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); eigene Darstellung.

Auch wenn diese Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zur Kenntnis genommen werden müssen,<sup>1</sup> so geben sie doch ein Bild zu erkennen, in dem die Politikwissenschaft nicht gerade glänzt. Gewiss haben die von Politikwissenschaftlern begründeten und geleiteten oder maßgeblich mitgestalteten Sonderforschungsbereiche in Berlin, Bremen, Dresden, Halle/Jena und Mannheim, ähnlich wie die Graduiertenkollegs oder das Frankfurter Exzellenzcluster, wichtige Impulse für die politikwissenschaftliche und/oder interdisziplinäre Forschung in Deutschland und ihre internationale Vernetzung geleistet. Doch wäre zu erwarten gewesen, dass angesichts der Vorteile, die die Verbundforschung für die daran Beteiligten und die Außenwirkung des Faches generiert, die Repräsentanz der Politikwissenschaft

- 1 Die Klassifikation der Anträge ist nach der DFG-Fächersystematik erfolgt, die beteiligten Sprecherinnen und Sprecher werden den antragsbezogenen Institutionen zugerechnet, die nach DE-STATIS-Fächersystematik dem Lehrforschungsbereich „Politikwissenschaft“ zugeordnet sind. Direkte Vergleichszahlen für andere Fächer konnten nicht herangezogen werden. Die Zahlen, für deren Erhebung und Zusammenstellung der DFG und ihrem Informationsmanagement, Frau Wagner, zu danken ist, sollten nur als Näherung betrachtet werden.

in den koordinierten Programmen der DFG, insbesondere in den Sonderforschungsbereichen, größer ist.<sup>2</sup>

Die Vorteile liegen auf der Hand: Geld und Reputation. Sonderforschungsbereiche können je nach Größe und Zustand zwischen einer Million und zwei Millionen Euro pro Jahr (plus 20-prozentiger Programmpauschale) mobilisieren. SFBs steigern nicht nur die Reputation der Forscher, des Faches und der Universität, sondern genießen darüber hinaus in inneruniversitären Verteilungskonflikten den seltenen Status der Unantastbarkeit (beispielsweise in Kürzungsrunden), weil die Universitäten sich gegenüber der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Garanten der von ihr bereitgestellten Grundfinanzierung (Infrastruktur, Stellen) erklären müssen, was wiederum die Voraussetzung der von der DFG besorgten Ergänzungsausstattung ist. Aber nicht nur die äußeren Anreizsysteme – Geld, Reputation, Statussicherheit – lassen die Verbundforschung attraktiv erscheinen, natürlich sind es auch intrinsische Gründe, die zu Sonderforschungsbereichen motivieren, weil diese die intensive, interdisziplinäre und zeitlich langfristige Beforschung großer Fragen ermöglichen. Sonderforschungsbereiche sind in der Regel auf zwölf Jahre, drei Forschungsperioden zu vier Jahren, angelegt. Damit kann eine Forschungsinfrastruktur aufgebaut und auch verstetigt werden, Fächergruppen und Universitäten erarbeiten sich auf diese Weise ein Forschungsprofil und damit in Zeiten extremer Wettbewerbssituation einen Marketingvorteil. Es eröffnen sich auch für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler außergewöhnliche Chancen, die sich durch die grundfinanzierten Stellen an den Universitäten nie materialisieren ließen. Das gilt für Doktorierende ebenso wie für Post-Doktorandinnen und Post-Doktoranden. Zudem vermögen Sonderforschungsbereiche neue Felder forschungsnaher Lehre zu erschließen und auch Studierende frühzeitig an die Spitzenforschung heranzuführen. Das sind unschätzbare Vorteile, die ein wenig auch an die alte Idee der Universität als „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“ erinnern lässt.

Aber ein Sonderforschungsbereich ist nicht ohne Nachteile zu bekommen, vielleicht sind die damit einhergehenden Belastungen auch so gravierend, dass Sonderforschungsbereiche eher selten für die politikwissenschaftliche Forschung das Format der Wahl darstellen. Zuallererst sind SFBs zeitraubende und arbeitsintensive Veranstaltungen, die die daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen in vielfacher Weise unter Stress und Dauerbeanspruchung setzen. Das gilt für die Bean-

2 Allerdings liegen – bislang – keine Zahlen über geplante und beantragte Sonderforschungsbereiche vor, die schon im frühen Stadium oder dann in der Erstbegehung in den entsprechenden Evaluationsrunden scheiterten. Insofern kann keine wirklich verlässliche Aussage über die Initiativen gemacht werden, die nicht zum Erfolg führten.

tragungsphase, die zunächst von Idee und Konzeption, über die Auswahl geeigneter Teilprojekte und ihrer Leiterinnen und Leiter bis zu einer ersten sogenannten „Beratung“ durch eine kleinere Gutachtergruppe bei der DFG reicht. Danach werden Empfehlungen ausgesprochen, die – nach Approbation durch den SFB-Bewilligungsausschuss – in die zweite Phase der Vorbereitung führen, die Verfertigung eines Vollantrages, in der das Gesamtkonzept und die einzelnen Teilprojekte sowie die gesamte Finanzkalkulation detailliert entfaltet werden müssen. Ein größerer SFB-Antrag kann schon einmal 1.000 Seiten umfassen (auch wenn die DFG Vorgaben macht, die den Umfang in Grenzen zu halten versuchen). Danach steht die sogenannte Begehung, die Einrichtungsbegutachtung vor Ort, und zwar durch eine große Gruppe von fachnahen und – auch – einem fachfremden – Gutachtern an. Diese Begutachtung läuft nach einem strengen, von der DFG vorgegebenen Ritual ab, dauert eineinhalb Tage und hat die Prüfung des Konzeptes und jedes Teilprojektes, auch des Finanzplans und sonstiger Maßnahmen (etwa integrierter Graduiertenmaßnahmen, Transfer- und Öffentlichkeitsprojekte) zum Gegenstand. Der Beantragungsprozess kann von den Anfängen bis zur Prüfung so insgesamt drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen.

Und dann sind alle vier Jahre wieder Evaluationen nach dem Muster der Einrichtung des SFBs fällig, also die Verfertigung eines ausführlichen schriftlichen Verlängerungsantrags und Vorbereitung und Durchführung der ‚Begehung‘ (Vor-Ort-Prüfung) durch eine Gruppe von Gutachtern. Auch diese Zwischenbegutachtungen sind zeitaufwendig, nehmen alles in allem ein bis eineinhalb Jahre in Anspruch, was von der vierjährigen Forschungszeit abgeht. Und schließlich ist auch die eigentliche Arbeitsphase zwischen den Begutachtungen nie nur einzelprojekt-orientiert, sondern immer auch auf den gesamten Verbund ausgelegt. Gemeinschaftliche Vorträge, Konferenzen, Sitzungen, Maßnahmen zur Förderung, Anleitung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Aktivitäten des Transfers und der Öffentlichkeitsarbeit erfordern einen hohen Tribut an Zeit, Einsatz und kollegialem *good will*, von den Belastungen für die Sprecher, den Vorstand und die Geschäftsführung ganz zu schweigen – alles natürlich neben den normalen Verpflichtungen, die deutsche Universitäten in Lehre, Selbstverwaltung und Forschung mit sich bringen.

Der Einsatz ist also groß, der Erfolg jedoch höchst ungewiss. Das liegt an mehreren Faktoren: Zum einen ist das Prüffregime der DFG hart, die DFG ist Herrin des Verfahrens. Die oder der für die jeweilige SFB-Initiative zuständige Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der DFG nimmt eine Vorprüfung vor und erteilt in den Vorbesprechungen der Vor-Ort-Begutachtung nicht selten konkrete Prüfaufträge an die Gutachter hinsichtlich der Kohärenz des Gesamtvorhabens, der Durchführbar-

keit von Einzelprojekten, des vorgesehenen Mitteleinsatzes etc. Die Prüfkriterien sind zwar transparent, über die Webseite der DFG auch einsehbar, doch variiert die Intensität der Prüfung erheblich, zum einen nach Ehrgeiz und Erfahrung der beteiligten MitarbeiterInnen der DFG-Geschäftsstelle, zum anderen nach der ebenfalls von der DFG-Geschäftsstelle vorgenommenen Zusammensetzung der Prüfungsgruppe und der sich im Laufe der Prüfung entwickelnden (Gruppen-)Dynamiken. Überhaupt liegt hier ein hoher Kontingenzfaktor. Begehungen sind nicht wirklich vorhersehbar. Die beste Vorbereitung (Simulationen und Probeläufe, die mittlerweile alle SFBs vor dem von der DFG anberaumten Termin unternehmen) vermag das Ergebnis nicht zu präjudizieren. Zweitens: Sollte die sogenannte „Prüfungsgruppe“ nach erfolgter Begutachtung vor Ort dem Bewilligungsausschuss der DFG die Förderung des SFB empfehlen, so heißt dies noch keineswegs, dass dieser auch bewilligt wird. In dem turnusmäßig, einmal im Frühjahr, einmal im Herbst tagenden Ausschuss, der zur Hälfte mit Vertretern der Länder(ministerien), zur anderen Hälfte mit Vertretern der Wissenschaft besetzt ist, treten alle zur Bewilligung empfohlenen SFBs gegeneinander an. Die Neubewilligungen der letzten Jahre aber haben gezeigt, dass geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Vorhaben Anträgen aus den anderen Wissenschaftsbereichen, vor allem den Lebens- und Biowissenschaften, unterlegen sind. Dabei waltet hier nicht reine Willkür. Denn, drittens, unterschiedliche Begutachtungskulturen der Fächer beeinflussen das Ergebnis nicht unwesentlich, so dass der Platz im Notenranking (alle Einzelprojekte und das Gesamtprojekt erhalten Bewertungen) bisweilen nicht ausreicht, um im Rahmen der der DFG zur Verfügung stehenden Finanzmittel bewilligt werden zu können. Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler gelten als besonders kritisch, vor allem ihren jeweiligen Fachkollegen und -kolleginnen gegenüber, weshalb sie in ihren Notengebungen äußerst ‚zurückhaltend‘ sind und gerne auch einmal Teilprojekte aus Forschungsverbünden ‚herauschießen‘ oder den Gesamt-SFB so ‚fleddern‘, dass er in den abschließenden Bewilligungsrunden – auch trotz Förderempfehlung – nicht die erforderliche Unterstützung erfährt. Schließlich scheinen die Geistes- und Sozialwissenschaften im harten Kampf um die vorhandenen Mittel strukturell auch einen Nachteil zu besitzen, weil sie zur anwendungsbezogenen, etwa Industriemittel anziehenden (Ingenieurwissenschaften) oder Nobelpreise in Aussicht stellenden Forschung (Natur- und Lebenswissenschaften) per se nicht in der Lage sind. Den Fetisch unmittelbarer Evidenz des Forschungsvorhabens müssen sie in der Regel schuldig bleiben.

Aus der Perspektive eines über fast zwanzig Jahren in Sonderforschungsbereichen und (Internationalen) Graduiertenkollegs – überwiegend in leitender Funktion, als erster oder zweiter Sprecher – Tätigen fällt die Bilanz gemischt aus. Hat



man nach den Anstrengungen des Anfangs den SFB etabliert, wird man über ein ideales, selbst geschaffenes Forschungsumfeld verfügen können, in dem das möglich wird, was man gemeinhin mit der Idee der Universität verbindet, heute aber wegen der allzu bekannten Probleme, von den ewigen Verteilungskonflikten, Rechtfertigungsorgien und Selbstbehauptungskämpfen im universitären Alltag kaum noch antrifft. SFBs sind Universitäten in der Universität, sie haben Geld und Personal, um Autonomie genießen und *cutting edge research*, vor allem an den Grenzen der Disziplinen und in der stimulierenden Spannung zwischen hochspezialisierter Einzel- und selbstreflexive Effekte bewirkender Verbundforschung, betreiben zu können. Sie spiegeln aber auch die Dilemmata des Wissenschaftssystems wider. Jede Universität ist aus Wettbewerbs-, Finanzierungs- und Reputationsgründen daran interessiert, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, denen Erfahrung, Expertise und Organisationskompetenz unterstellt werden, zu SFBs und anderen Formen der Verbundforschung zu motivieren. Das hierzu entwickelte inneruniversitäre Anreizsystem – Zielvereinbarungen, Leistungszulagen, Anschubfinanzierungen, Project Center – generiert eine Eigenlogik, die in der Antragsproduktion den eigentlichen Zweck universitärer Wertschöpfung zu erkennen glaubt. Man kommt aus dem (Groß-)Antragsschreiben nicht mehr heraus. Und geht es nicht um SFBs, dann geht es um Exzellenzanträge. Der Wissenschaftler wird erst zum Unternehmer, dann zum Manager, die Wissenschaftlerin zur Unternehmerin, zur Managerin. Das muss man wollen oder aber billigend, manchmal auch leidend in Kauf nehmen.

## Literatur

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Erster Teilband, Frankfurt a. M.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Hans Vorländer  
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte  
Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Verfassungs- und  
Demokratieforschung  
TU Dresden  
01062 Dresden  
E-Mail: [hans.vorlaender@tu-dresden.de](mailto:hans.vorlaender@tu-dresden.de)